

in Deutschland die Erkenntnis zum Durchbruch kommen. Ohne und gegen die Katholiken geht es nicht. Unser Sieg wird darin bestehen, daß alle Abgeordneten im Reichstage (die Sozi ausgenommen) sich sagen müssen: Durch das Zentrum sind wir zum Sieg gelangt — Achtung vor dieser Garde, die in der Welt nicht ihresgleichen findet!

Wiso Wahlparole: Am 25. Januar Matthias Erzberger.

Politische Rundschau.

Dresden, den 18. Januar 1907.

Antliche Wahlbeeinflussung. Reichskanzler Fürst Bismarck und Kolonialdirektor Dernburg haben schriftlich dem Vorsitzenden des in der Wahlagitacion ungemein rührigen Dresdener Nationalen Ausschusses, Dr. med. Doyl, ihre Anerkennung ausgesprochen und die Tätigkeit des Ausschusses als vorbildlich für ganz Deutschland bezeichnet. Nur so zu gemacht mit dem amtlichen Apparat. Im neuen Reichstag kann man alle Wahlen für ungültig erklären, die auf solchen Druck hin zu Stande gekommen sind. Noch nie hat dieser so stark gewirkt wie jetzt. Es sind die reinsten „Angstwahlen“ vor den — Totentritten!

Nach einer Berliner parlamentarischen Korrespondenz sind seitens des Reichspostamtes Erwidigungen im Gange, ob es nicht angebracht sei, auch den Schalterdienst an Sonntagen einzustellen und an Sonntagen nur noch Telegramme anzunehmen und Postwertzeichen in kleinen Mengen abzugeben. Versuchsweise soll zunächst getastet werden, daß auch Geldanweisungen gegen eine Gebühr von 20 Pf. Extrabergelungen angenommen werden, doch nur solange der Verkehr dadurch nicht an dem einen Schalter, der alsdann in jedem Postamt geöffnet sein wird, zu stark wird. In diesem Falle werden Postanweisungen auch ausgeschlossen.

Wahlgelehrer aus dem Auslande lassen sich die Nationalliberalen kommen; eines ihrer Blätter teilt nämlich mit: „Nachdem von Deutschen im Auslande Beiträge zum Wahlfonds in liberaltender Höhe eingegangen waren, und zwar ohne jede Aufforderung, hat die nationalliberale Partei sich entschlossen, einen Ruf zu erteilen, an die Adresse zahlreicher Reichsdeutscher zu senden, die im Auslande leben. Dieser, von Berlin aus verbreitete Ruf ist in irrtümlicher Weise auch an einige Polen mit reindeutschen Namen gelangt, und hat dort einen Ausbruch politischen Nationalismus hervorgebracht, der äußerst lehrreich ist.“ Wiso die Nationalliberalen bezogen Wahlgelehrer aus dem Auslande, nicht allein von der Großstadt! Das sagt genug!

Eine scharfe Abrechnung mit dem Reichskanzler hält Maximilian Harden im neuesten Heft Nr. 4 seiner „Zukunft“. Er konstatiert zunächst, daß nicht sachliche Gründe zur Auflösung des Reichstages drängen, sondern nur die persönlichen Wünsche eines Kanzlers, der „mit seinen Wünschen fertig war“. „Dann hat er sich in den Applaus gedrängt, der dem burlesken Kolonialdirektor spendet wurde.“ Harden läßt den Kanzler folgende Meldung dem Kaiser erteilen: „Wir könnten vom Reichstag zwar alles nötige haben, alaban aber, daß ein solcher Versuch mit dem Zentrum im Land populär wäre, wüßten ihn deshalb erzwingen und erbitten zu der dann unvermeidlichen Auflösung des Reichstages die Zustimmung Euer Majestät.“ Diese Auffassung der Dinge wird allerdings der Wirklichkeit und Wahrheit tausendmal näher kommen, als die verlogenen Phrasen vom „unparteiischen Zentrum“, die unsere Nationalliberalen auf ihren Versammlungen ihren Zuhörern präsentieren, und die einem vernünftigen Politiker das Leben abtötigen. Die Frage, warum ist der Reichstag aufgelöst worden, beantwortet Maximilian Harden u. a. noch folgendermaßen: „Weil er (Fürst Bismarck) in Sachen Maroffo nicht Rede stehen, sein Postgelehrer, von Dernburgs Ehrenwürde mitbewußten und dem Kaiser beweisen wollte, wie schnell er, der Held öffentlicher Meinung, die über „Persönliches Regiment“ Peterden zum Schweigen bringe, hat er dem Zentrum, zu dem er so lange hielt und dessen Schuld ihm das Leben fristete, die Treue gebrochen.“ So urteilt über die Reichstagsauflösung und die Antizentrumspropaganda des Reichskanzlers ein Mann, der über den tiefsten Verdacht von „Ultramontanismus“ erhaben ist und der von sich selbst für sich bekannt: „Nie war mich Reizung zum Zentrum.“ Um so bemerkenswerter ist dieses offene Wort zur rechten Zeit.

Kolonialdirektor Dernburg ist vom Berliner Sausdienerverein zum Ehrenmitglied ernannt worden. Das kam folgendermaßen: Der Zentrumskandidat Schäfer hatte in einer Wahlrede den Kolonialdirektor als den „Sausdiener“ des Reichskanzlers bezeichnet. Darob ergrimmten die Berliner Sausdiener, und in ihrer letzten Sitzung beschloßen sie einmütig, Herrn Dernburg zum Ehrenmitglied zu ernennen. Wir gratulieren!

Zentrum und Wahlrecht. Der „Vorwärts“ treibt wieder einmal die Verdächtigung des Zentrums, indem er dieses als einen Gegner des Reichstagswahlrechtes darstellt; er gibt einen Ausbruch Reichenspergers von 1871 aus. Wir haben nicht nötig, diese Verdächtigung zurückzuweisen, sie ist zu plump. Das Zentrum hat nicht den Mut ab, auf dem es sitzt.

Dernburg Mandaturen. In mehreren Wahlkreisen ist, wenn die durch die Presse gebenden Mitteilungen richtig sind, der Kolonialdirektor Dernburg als Mandat aufgestellt worden. Eine derartige Aufstellung ist natürlich nur eine demonstrative. Man kann keinen Wähler hindern, sein Stimm dem Reichskanzler, irgend einen Staatssekretär oder einem anderen Bundesratsbevollmächtigten zu geben. Ungültig sind diese Stimmen nach dem Wahlgesetz nicht. Es kann aber kein Bundesratsbevollmächtigter ein Mandat zum Reichstage annehmen, es sei denn, daß er aus seinem Amte, bzw. aus dem Bundesrate ausscheidet. Die Mandaturen des Herrn Dernburg sind wohl auch nur als Zählkandidaturen gemeint. Jedoch meint die „Deutsche Tageszeitung“ hierzu: „Aber auch so scheinen sie uns nicht zweckmäßig, sondern bedenklich zu sein.“ Ist die Minderheit der Stimmen, die auf den Kolonialdirektor fallen, keine erhebliche, so könnten sie vielleicht, falls sie auf einen der ander-

weit aufgestellten Kandidaten fielen, die Wirkung haben, daß das kleinere Übel gewählt würde, während möglicherweise durch die Zählkandidatur dem größeren Übel der Sieg erleichtert wird. Ist aber andererseits die Stimmenzahl so geringfügig, daß sie nicht in Betracht kommt, so muß es einen recht peinlichen Eindruck machen, wenn für den Kolonialdirektor nur eine winzige Anzahl von Stimmen abgegeben wird. Deshalb können wir uns mit solchen Zählkandidaturen nicht befremden. Sie sind wertlos, weil sie Demonstrationen sind, und sie sind bedenklich, weil sie ein schlechteres Wahlergebnis herbeiführen oder den Eindruck erwecken können, als ob die Kolonialbewegung wenig Boden im Volke habe.“ Wir haben gegen die Dernburg-Kandidatur gar nichts einzuwenden; vielleicht stellen die „Dernburg-Katholiken“ den Orientalen auch als Kandidaten auf.

Ungarn.

Das österreichische Abgeordnetenhaus verhandelte am 17. d. M. über die vom Herrenhause an der Gewerbe-Novelle vorgenommene Abänderung. Die Mehrzahl der Redner warf dem Herrenhause Mangel an Entgegenkommen dem Gewerbe gegenüber vor und tadelt die schwache Haltung der Regierung gegenüber dem Herrenhause. Das Haus stimmte schließlich den Beschlüssen des Herrenhauses zu, so daß die Gewerbe-Novelle endgültig erledigt ist.

Die dritte Universität in Ungarn wird, wie nunmehr bestimmt ist, in Preßburg errichtet.

Italien.

Nach der im Sommer erfolgten Auflösung der früheren evangelischen Gemeinde in Rom konstituierte sich am 16. Januar eine neue evangelische Gemeinde, die an die preussische Landeskirche angeschlossen werden wird.

Frankreich.

Die Regierung hat den Bürgermeister von Montfermeil bei Clermont-Ferrand zeitweilig seines Amtes enthoben, weil er die Kirchen gesperrt und den Geistlichen anlässlich eines Leichenbegängnisses den Zutritt zur Kirche verweigert hatte.

Die Bischöfe haben am 17. d. M. früh ihre Kommissionen wieder aufgenommen. Um 2 Uhr wurde eine Note ausgegeben, in der es heißt, die Bischöfe hätten in ihrer am 16. d. M. nachmittag abgehaltenen Plenarversammlung den Wortlaut der an diejenigen ausländischen Bischöfe gerichteten Adresse festgestellt, die seit der Anwendung des Trennungsgesetzes dem französischen Episkopat den Ausdruck ihrer Sympathie gesandt hätten. Um 2 Uhr begann die zweite Plenarversammlung unter Vorsitz des Kardinals Richard. Man nimmt an, daß die Versammlung der Bischöfe ihre Arbeit frühestens Freitagabend beenden wird.

Rußland.

Das Entlassungsgesuch des Marineministers Wirilow ist genehmigt worden. Der Abgang Wirilows scheint in Marinekreisen nicht sehr bedauert zu werden. Auch der Kriegsminister Koediger soll ein Abschiedsgesuch eingereicht haben. Neben den persönlichen Beziehungen ist der Abgang der beiden Minister angeblich auf die geplanten organisatorischen Änderungen in beiden Ministerien zurückzuführen.

Die ungarische monarchistisch-konstitutionelle Partei veröffentlicht heute eine Proklamation in deutscher und lettischer Sprache, in der die Tätigkeit der ersten Duma in einer sehr scharfen Kritik verurteilt wird, besonders was die Forderungen der Amnestie und die gewaltsame Enteignung von Eigentum betrifft.

Die Sekte der Mariawiten gibt jetzt in Warschau ein eigenes Blatt „Der Mariawit“ heraus. Dasselbe hat den höchsten Erlaß mit dem Pamphlet veröffentlicht und darunter eine Denkschrift, daß die Sekte jetzt aus dem Reich des Papstes erlöst sei. Die Mariawiten haben in Sobotta und Piontek große Kirchen gebaut. Es sind jetzt mehrere Gemeinden vorhanden, die ausschließlich Mariawiten aufweisen. — Als ein ganz besonders erfreuliches Zeichen der diesjährigen Wahlbewegung ist die Tatsache zu betrachten, daß die orthodoxen Juden keinen eigenen Kandidaten aufstellen, sondern jetzt für die polnischen Nationaldemokraten stimmen. Die Rabbiner haben an dieser günstigen Haltung der Orthodoxen ein großes Verdienst.

Perisien.

Die Bevölkerung von Teheran hat sich darüber beklagt, daß die Inhabung des Schahs es verhindert, dem Monarchen persönlich ihre Klagen und Wünsche vorzutragen. Der Schah hat infolgedessen die Anlage eines Telephons von einem öffentlichen Platz nach dem Palaste befohlen, dessen sich das Volk bedienen soll, um eine direkte Verbindung mit ihm zu erhalten. Wird der Schah auch jedesmal aus Telephon gehen, wenn's klappt? Die Einrichtung ist jedenfalls das modernste konstitutionelle System der Welt.

Nordamerika.

Der Staat Newyork hat ein Einkommensteuergesetz im Entwurf fertiggestellt, das demnachst der legislativen Behörde vorgelegt wird. Es besteuert alle Einkommen über 500 Dollar und sieht für Einkommen zwischen 500 und 10 000 Dollar eine Tare von 1 Prozent, bis 25 000 Dollar 2 Prozent, bis 50 000 Dollar 5 Prozent, bis 100 000 Dollar 10 Prozent, bis 200 000 Dollar 15 Prozent und über 200 000 Dollar 20 Prozent Abgabe vor. Wer drei Monate im Staate Newyork wohnt, ist diesem Gesetz unterworfen.

Aus den deutschen Kolonien.

Von Schutruppen der südwestafrikanischen Schutztruppe haben sich bis jetzt bereit erklärt, in der Kolonie zu bleiben, 318 als Farmer, 74 als Kleinrentner, 570 als Handwerker, 4 als Beamte, 5 als Kaufleute, insgesamt 971. — Die Organisation der Zentralverwaltung von Südwestafrika wird nach einer parlamentarischen Korrespondenz am 1. April d. J. abgeändert werden. Die Gouvernementsgeschäfte nehmen anzuwachsen zu, so daß der Gouverneur Gefahr läuft, den Ueberblick zu verlieren, wenn er alles allein bearbeiten soll. Es werden deshalb nach dem Muster von Ostafrika Referenten eingesetzt werden (3), die dem Gouverneur von dem ihm zugewiesenen Geschäftskreise einen Teil der Arbeit abnehmen. Geschaffen wird eine Referentenstelle für wirtschaftliche Angelegenheiten, eine für Finanzsachen und eine für persönliche und Justizsachen. Warum geht es denn jetzt auf einmal?

(Weitere Rundschau in der Beilage.)

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 18. Januar 1907.

Tageskalender für den 19. Januar 1907. 7. von Mannlicher, E. Huber des Mannlicher Gewehrs. — 1874. † August Dsch. Hoffmann von Fallersleben, deutscher Dichter. — 1871. Befreiung von Lourdes durch General von Hartmann. — 1871. Schlacht bei El. Cuernin. — 1871. Der letzte große Ausfall der Kaiser gegen das V. Armee-Korps. — 1798. Die Franzosen fordern zu Rastatt die Abtretung des linken Rheinufer. — 1789. † James Watt, der Schöpfer der Dampfmaschine. — 1876. † Hans Sachs.

Wetterprognose des Königl. Sächs. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 19. Januar: Wind und Bewölkung: Schwache östliche Winde, neblig, um mittag heiter. Niederschlag und Temperatur: keine erheblichen Niederschläge, kühl.

Se. Majestät der König nahm im Laufe des heutigen Vormittags die Vorträge der Herren Staatsminister und des Königl. Kabinettssekretärs entgegen.

Wie der Ultramontanismus Fürsten bestraft, erzählten die „Dresdn. Nachr.“ vom 5. Januar 1907: „Bei der Beisehung des Prinzen Wilhelm vor der Weibsbildsch. der damalige Verweiser des Erzbischofsstabes, samt einem Domherrn zugegen. Bei der Beisehung des Prinzen Karl fehlte der Erzbischof, er hatte nur zwei Domkapitulare geschickt. Der Grund liegt in folgendem: Als im vorigen Jahrzehnt in der Ersten Kammer der Antrag auf Bewilligung von katholischen Missionen gestellt wurde, da hat Prinz Wilhelm dafür gestimmt und sogar seinen jungen Sohn zum Kaiserlichen herbeigerufen, so daß die Missionen mit geringer Mehrheit bewilligt wurden. Daher kam der Erzbischofverweiser in Person zum Begrüßnis. Prinz Karl dagegen hat ein helles Nein! durch den Saal gerufen; das hat man ihm in Freiburg nicht vergesen und auch jetzt an seinem Sarge — gerächt. — Ein gleiches ist auch dem großherzoglichen Paare seinerzeit selbst passiert. Es war dem Erzbischof kurz vorher der Hüftenleiden am Bahnhofe abgesehen worden; als nun die Liebfrauenkirche eingeweiht wurde und das Fürstenpaar in das Gotteshaus eintrat, blieb der Erzbischof — sitzen! — Dazu wird von sehr geschätzter Seite folgendes mitgeteilt: Es war bereits ausgemachte Sache, daß der Herr Erzbischof dem Begrüßnis des Prinzen Karl persönlich beizuwohne. Es wurde aber inzwischen mitgeteilt, daß der Weg auf den Kirchhof dreiviertel Stunden betrage und zu Fuß zurückgelegt werde. Mit Rücksicht auf seine Gesundheit glaubte deshalb der Herr Erzbischof, von seinem Vorhaben, um einer Krankheit vorzubeugen, absehen zu sollen, aber nicht ohne zu vor in Karlsruhe in diskreter Weise sich erkundigt und verlässig zu haben, daß dort an dieser Zurückhaltung des Erzbischofs niemand Anstoß nehme. — Bei Einweihung der Liebfrauenkirche wurde das Großherzogliche Paar am Portal der Kirche abgeholt, mit einer Ansprache begrüßt, in die Kirche geleitet und nach Schluß von dem Erzbischof wieder bis zum Portal der Kirche zurückgeführt.

Die Zustände im Dresdner Findelhaue resp. das Ergebnis der Beweisaufnahme und das Urteil in dem vom Late zu Dresden gegen den Kaufmann Frenzel wegen Verleumdung von Beamten des Findelhauses anhängig gemachten Strafprozesse bildete heute abend den Gegenstand einer Interpellation des sozialdemokratischen Stadtverordneten Fleißner im Stadtverordnetenkollegium. Die Interpellation stand bereits vor acht Tagen auf der Tagesordnung der Sitzung, wurde jedoch wieder abgelehnt, weil die Gerichtsakten des Prozesses noch nicht zur Stelle waren. Die Interpellation wurde durch den sozialdemokratischen Stadtverordneten Redakteur Nitzsche vertreten, da Stadtverordneter Fleißner nicht in der Sitzung anwesend war. Der Redner ging auf den Gang des Prozesses an der Hand des Berichtes der „Sächs. Arbeiterzeitg.“ ein und führte aus, daß er die Frage, ob im Findelhaue Findelhaue Zustände vorhanden seien, durch welche Uebergriffe des Personals, Mißhandlungen der Kinder und die Uebertragung ansteckender Krankheiten vorkommen können, bejahen müsse. Herr Oberbürgermeister Ventler beantwortete die Interpellation und bemerkte zunächst, daß ihm die Beantwortung derselben dadurch erleichtert werde, weil sich Herr Nitzsche bei seinen Behauptungen nicht auf die Ergebnisse des Prozesses, sondern auf die ungenauere Verichterstattung bezogen habe. Nachdem Herr Oberbürgermeister Ventler die wesentlichsten Ergebnisse des Prozesses an der Hand der Akten bekannt gegeben hatte, teilte er mit, daß die Sache eigentlich noch nicht zu Ende sei, denn die königliche Staatsanwaltschaft habe Revision gegen das Urteil angemeldet. Aus dem Urteile selbst geht hervor, daß der Beweis der Wahrheit der aufgestellten Behauptungen nicht erbracht worden sei. Die ärztlichen Sachverständigen bestreiten, daß die an den Kindern wahrgenommenen Erscheinungen auf Mißhandlungen oder auf den Mangel an Ernährung zurückzuführen seien und auch die Zeugenaussagen hätten keinen Anlaß geboten, sich an richterlicher Stelle ein solches Urteil zu bilden. Es seien alles Redereien gewesen, die nicht erwieslich wahr seien. Aus dem Zeugnisse des Anstaltsarztes Dr. med. Varon sei hervorgegangen, daß die Kinder in vernachlässigtem und untauglichem Zustande in das Findelhaus eingebracht worden seien und nach dem Zeugnisse der Mutter der Kinder seien Frenzels Behauptungen starke Ueberreibungen gewesen. Frenzel selbst habe jedoch gesagt, er müsse das besser verstehen, denn er sei vier Jahre Lazarethgehilfe gewesen. Von dem ganzen Gerede bleibe nichts weiter übrig, als daß die vier Kinder in vernachlässigtem Zustande im Findelhaue eingebracht worden seien. Dort seien sie ordnungsgemäß versorgt worden und eins von ihnen sei an den Spitzblattern und eins an der Diphtherie erkrankt. In der Form der Eingabe Frenzels sei deshalb eine Verleumdung vom Gericht nicht erblidigt worden, weil die Frage nicht bejaht werden konnte, ob Frenzel sich der Bedeutung seiner Worte überhaupt bewußt war, denn nach gerichtsarztlichem Gutachten sei Frenzel ein geistig minderwertiger Mensch. Die Gerichtsverhandlung habe nicht das geringste ergeben, daß ungenügende Zustände im Findelhaue vorhanden sind und die schweren Vorwürfe haben sich als vollständig unbegründet erwiesen. Daß man dem Personal des Findelhauses skrupellos die schwersten Vorwürfe gemacht habe, sei auf das Tiefste zu bedauern und er hoffe, daß das Stadtverordnetenkollegium dem Personal des Findelhauses volle Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. An die Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters schloß sich noch eine Besprechung, an der